

Ota Šiks Modell einer Humanen Wirtschaftsdemokratie auf fünf Seiten

von

Egbert Scheunemann

Stand: 10. April 2007

Ich möchte im Folgenden das ökonomische Alternativmodell einer *Humanen Wirtschaftsdemokratie* von Ota Šik kurz vorstellen, das ich schon an anderer Stelle in knapper bzw. sehr detaillierter Form vorgestellt und diskutiert habe.¹ Es scheint mir, nachdem ich mich lange Jahre intensiv damit beschäftigt und seine Stärken und Schwächen aufgezeigt habe, in hervorragender Weise dazu geeignet zu sein, die ökonomischen Probleme marktwirtschaftlich-kapitalistischer Industriesysteme zu überwinden sowie einen makroökonomisch abgesicherten ökologischen Umbau dieser Systeme zu ermöglichen. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang vor allem Šiks Konzept einer *makroökonomischen Verteilungsplanung*. Sie ermöglicht, die eher *konsumtiv* orientierten Einkommen (Löhne, staatliche Sozialausgaben etc.) und die eher *investiv* orientierten Einkommen (Gewinne) mit der Entwicklung in der *Konsumgüter-* bzw. *Investitionsgüterindustrie* derart zu *harmonisieren*, dass makroökonomische *Ungleichgewichte* (Unterkonsumtionskrisen und Massenarbeitslosigkeit, Inflation etc.) vermieden werden. Da in Šiks Konzept jedoch sämtliche Modellkomponenten logisch aufeinander bezogen sind, seien im Folgenden alle *vier* Modellsäulen kurz dargestellt:

1. MITARBEITERGESELLSCHAFTEN: Auf der mikroökonomischen, also *betrieblichen* Ebene wünscht sich Šik ökonomisch *effizient* arbeitende, über den *Marktdruck* den *Verbraucherwünschen* entsprechende Betriebe, die intern so organisiert sind, dass der Produktionsprozess möglichst *human* verläuft, dass also betriebliche Entfremdung möglichst weit abgebaut wird. Die zu letzterem notwendige materielle wie immaterielle *Partizipation* (Beteiligung) der Mitarbeiter einer *Mitarbeitergesellschaft* (MAG) kommt in verschiedenen Organisationsprinzipien derselben zum Ausdruck:

Kapitalneutralisierung: Das Grundkapital einer MAG ist einzelnen *Personen* oder

¹ Egbert Scheunemann: Der Jahrhundertfluch. Neoliberalismus, Marktradikalismus und Massenarbeitslosigkeit. Eine allgemeinverständliche Erklärung der Zusammenhänge, Lit Verlag Münster/Hamburg/London, zweite, aktualisierte und leicht überarbeitete Auflage 2004, ISBN 3-8258-7046-4, S. 76-82.

Vgl. auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Ota_%C5%A0ik

Egbert Scheunemann: Ökologisch-humane Wirtschaftsdemokratie. Teil A: Rekonstruktion und Kritik der politisch-ökonomischen Theorieentwicklung bei Ota Šik, Teil B: Rekonstruktion und Kritik der sozialwissenschaftlichen Diskussion um Ota Šiks Modell einer humanen Wirtschaftsdemokratie, Lit Verlag Münster/Hamburg/London 1990, 2. Auflage 1996, ISBN 3-88660-721-6, 504 Seiten.

Egbert Scheunemann: Ökologisch-humane Wirtschaftsdemokratie. Teil C: Ökologische Kritik am Industrialismus und sozialökologische Alternativen, Lit Verlag Münster/Hamburg/London 1995, ISBN 3-8258-2612-0, 831 Seiten.

Personengruppen gegenüber *neutral*. Es kann *nicht* an irgendwelche Personen *aufgeteilt* werden. Es gehört dem gesamten Betriebskollektiv oder gleichsam *sich selbst*. Es gibt *keinerlei Anteilsscheine*. Wer Mitglied einer MAG wird, ist automatisch Miteigentümer, wer sie verlässt, verliert automatisch alle Rechte und Pflichten. Mobilitätsprobleme werden dadurch vermieden. Neutralisiertes Kapital entsteht durch eine gesetzlich festgelegte *Quote neu* entstehender *Betriebsgewinne*, die in neutralisiertes Kapital verwandelt werden müssen. *Vorhandenes Privatkapital* wird dadurch *nicht tangiert*, neutralisiertes Kapital entsteht also *peu à peu ohne Enteignung* vorhandener Privatkapitalien. Die Kapitalneutralisierung setzt zudem erst ab einer politisch zu bestimmenden absoluten Gewinngröße ein, lässt *kleinere* Privatbetriebe also unberührt. Die Neutralisierungsquote muss klein genug sein, um genügend *motivierende Gewinne* für die privaten Kapitaleigner *zu belassen*, jedoch groß genug, um in einer politisch gewünschten Zeitspanne größere Privatbetriebe in MAGs zu überführen. Es entstünde ein *Mischsystem* aus *privaten Kleinbetrieben, teilprivaten mittelgroßen Betrieben* und *großen MAGs*. *Betriebsgründungen* könnten also weiterhin auch durch *privates* Risikokapital erfolgen (Ausfüllen von Marktlücken) und ebenso durch MAGs. Sobald das neutralisierte Kapital in bislang privaten Betrieben nach einer Übergangsperiode eine *Mehrheitsposition* erreicht hat, greifen in MAGs folgende Organisationsprinzipien:

Entscheidungsstrukturen: Die *Hauptversammlung* aller Mitarbeiter einer MAG wählt einen *Aufsichtsrat*, der seinerseits einen geschäftsführenden *Vorstand* bestimmt. Der *Aufsichtsrat* ist für alle grundsätzlichen Entscheidungen verantwortlich (größere Investitionen, Fusionen, Formen der Gewinnbeteiligung u.a. – zu letzterer gleich mehr). Er ist das *Interessenvertretungsorgan* der Mitarbeiter gegenüber dem Vorstand und sollte sich insofern größtenteils *aus Mitarbeitern* der MAG zusammensetzen, die sich in dieser Funktion in bestimmten Zeitabständen abwechseln (*Rotationsprinzip*). Der Aufsichtsrat *überwacht* vor allem die laufende Geschäftstätigkeit des *Vorstandes*. Dieser setzt sich aus internen wie externen *Experten* zusammen. Im Gegensatz zum Aufsichtsrat ist die *Amtsdauer* eines Vorstandsmitgliedes prinzipiell unbegrenzt und allein *leistungsabhängig*.

Arbeitsorganisation: In MAGs werden so weit wie möglich *selbst bestimmte Arbeitsgruppen* verwirklicht, in denen die Mitarbeiter im Rahmen der dieser Arbeitsgruppe durch den Vorstand vorgegebenen Aufgaben *demokratisch* über die *interne Arbeitsteilung* und andere, allein die jeweilige Arbeitsgruppe betreffende Angelegenheiten entscheiden können. Der *Führungsstil* in der gesamten MAG ist so *demokratisch* wie immer möglich zu organisieren (Herrschaft des Sachverstandes und des *besten Argumentes* und nicht Herrschaft irgendwelcher Herrschaften).

Materielle Partizipation: Die Menschen in einer MAG sollen sich als *verantwortliche* Mitarbeiter erfahren, als Menschen, deren Wort gehört wird, die mitreden und mitentscheiden können und die dem eigenen Betrieb nicht mehr fremd gegenüberstehen. Neben der *immateriellen Partizipation* (aktives und passives *Wahlrecht*) soll das Identifikationsgefühl der Mitarbeiter vor allem durch ihr *Miteigentum* am *neutralisierten Kapital* gestärkt werden, das sich konkret in einer *Gewinnbeteiligung* äußert (*materielle Partizipation*). Diese Gewinnbeteiligung wird neben den *Tariflöhnen* ausbezahlt (oder auch, in Verlustzeiten, *eben nicht*). Tariflöhne müssen bleiben, um eine sinnvolle betriebliche Gewinn- und Verlustrechnung betreiben zu können und um Arbeitsleistungen bzw. -qualifikationen auch *zwischen* den Betrieben und Branchen vergleichbar zu machen bzw. zu halten. Innerhalb des Rahmens einer gesetzlich bestimmten *maximalen Gewinnbeteiligungsquote* (davon gleich mehr) bestimmt der Aufsichtsrat einer MAG die konkreten *Modalitäten der Gewinnbeteiligung* (pro Kopf, nach Gehaltsstufen, nach Betriebsjahren etc.). Auch in teilweise oder vollständig durch *Privatkapital* geführten Betrieben sollten Modi einer *Gewinnbeteiligung* gesetzlich geregelt werden, um Abwanderungen von diesen zu MAGs zu verhindern.

Mit diesem Modell einer Überwindung des *Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit auf betrieblicher Ebene* grenzt sich Šik auch von verschiedenen so genannten *überbetrieblichen* Beteiligungsmodellen ab. Was diese Modelle, etwa *überbetriebliche Vermögensfonds*, alle nicht leisten können, ist die Überwindung der *konkreten, betrieblichen* Entfremdung der arbeitenden Menschen. Ein Miteigentum am ‚Irgendwo‘ einer Volkswirtschaft lässt keinerlei emotionale Bindungen und Verantwortungsgefühle bei den Menschen entstehen – siehe die Erfahrungen im ehemals ‚real existierenden Sozialismus‘. Dies ist aber eine Grundvoraussetzung für die Überwindung betrieblicher Entfremdung, also einer *Humanisierung* der Arbeitswelt.

2. MAKROÖKONOMISCHE VERTEILUNGSPLANUNG: Šiks Konzept einer makroökonomischen Verteilungsplanung hat mit dem ehemals *realsozialistischen* Planungskonzept etwa so viel zu tun wie die Institution eines Strafzettels für Falschparken mit den Folterkellern des Mittelalters. Alle von Šik kritisierten Fehlentwicklungen im Kapitalismus sind auf dessen *Verteilungsverhältnisse* unmittelbar oder mittelbar zurückzuführen (Krisenhaftigkeit, mangelhafte Befriedigung sozialer Bedürfnisse, mangelhafte makroökonomische Partizipation). Diese *makroökonomischen Verteilungsverhältnisse* sind also Gegenstand des Šikschen Konzeptes einer *makroökonomischen Verteilungsplanung*. In Šiks Konzept wird keinem *Betrieb* vorgeschrieben, was er in welchen Mengen oder Qualitäten zu *produzieren* hat. Darüber bestimmt allein der *Markt* – und das heißt: der *Verbraucher*. Alles andere wäre eine *Diktatur* über die konkrete *Bedürfnisbefriedigung* des Menschen – und eine *ineffiziente*, wie das Beispiel des ‚real existierenden Sozialismus‘ gezeigt hat, zudem.

Inhalte und Gegenstände der makroökonomischen Verteilungsplanung, im Folgenden kurz *Makroplanung*, sind also alle *primären Verteilungsprozesse* (*Aufteilung des Volkseinkommens auf Gewinne und Löhne*) sowie die *sekundären Umverteilungsprozesse* (staatliche und kreditäre *Umverteilung*). Der quantitative, krisen- und inflationsvermeidende *Ausgleich* der eher *investiv orientierten Final-*, also *Endeinkommen* (vor allem *investiv orientierte Gewinnanteile*) und der eher *konsumtiv orientierten Finaleinkommen* (*konsumtiv orientierte Gewinnanteile, Lohneinkommen und Staatsausgaben*) mit den erforderlichen, von der Entwicklung der *Produktion* und der *Produktivität* abhängigen gesamtökonomischen *Investitions- und Konsumtionssummen* ist die eigentliche *Aufgabe* der Makroplanung.

Die **Organisation** der Makroplanung hat dieser Hauptaufgabe sowie ihren weiteren Aufgaben einer *Demokratisierung* der makroökonomischen *Entscheidungsprozesse* sowie einer gesellschaftlichen *Steuerung* der *sozialen* Konsumtion gerecht zu werden. Die Planungsorganisation muss einerseits eine möglichst *sachgerechte, wissenschaftlich abgesicherte Erfassung der makroökonomischen Entwicklungsprozesse*, also die Erfassung dessen, was in nächster Zukunft *produktiv möglich* ist, gewährleisten (*genetische*, d.h. vom *produktiven Ist-Zustand* und der weiteren *produktiven Entwicklung* bestimmte Seite der Planung). Andererseits muss sie möglichst weit von verschiedensten *demokratisch legitimierten Interessen* bestimmt sein (*teleologische*, d.h. von Wünschen und Zielen bestimmte Seite der Planung), d.h. sie darf *keine expertokratische Bürokratenplanung* hinter verschlossenen Türen sein. Alle entsprechenden *Planungskommissionen* müssen insofern aus *fachlich qualifizierten Vertretern verschiedenster Interessengruppen* zusammengesetzt sein (Experten aus Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaftsvertreter etc.). Sie werden aus *bestehenden Institutionen* rekrutiert und verursachen insofern *keine* weitere *Bürokratie*. Diese Planungskommissionen arbeiten zwei bis drei *Planvarianten* aus, die der Bevölkerung *zur Wahl* vorgelegt werden. Die Planung ist also von ihrer *Entstehung* wie von ihren *Ergebnissen* her *demokratisch legitimiert*. Die Pläne, welche *alle krisenvermeidend ausbalanciert* sein müssen, unterscheiden sich vor allem durch die unterschiedlichen *Modi der Aufteilung der gesamtöko-*

nomischen Konsumtion auf *privaten* und *sozialen* Konsum und speziell durch die je unterschiedliche *innere Aufteilung* des letzteren (eher mehr Geld für privaten oder öffentlichen Verkehr, für Atomkraftwerke oder Sonnenkollektoren, für Rüstung oder Bildung – insofern diese Relationen durch *öffentliche Nachfrage* beeinflussbar sind).

Die **Methodik** der Makroplanung ist also die *indirekte* Beeinflussung und *Lenkung* des makroökonomischen *Produktionsprozesses* durch die Planung und *Lenkung* der makroökonomischen *Verteilungsprozesse*. Die Höhe der gesamtökonomischen *Konsumtion* wird zunächst bestimmt durch die gesamtökonomische Summe der *Tariflöhne*. Sie wird – unter demokratischer Erweiterung der Zahl der Verhandlungspartner – auch in Šiks System durch *Verhandlung* bestimmt.

In Šiks Konzept wird die makroökonomische Konsumtionssumme jedoch auch durch die **Gewinnbeteiligung** determiniert. Hier ist der Ort, wo die *Makroplanung* in den *mikroökonomischen* Prozess *regulierend* eingreift: Den Betrieben wird eine *maximale Gewinnbeteiligungsquote* gesetzlich vorgeschrieben. Die Gesellschaft bestimmt damit, welche *konsumtiv* orientierten Gewinnteile *ausgeschüttet* werden dürfen und welche Gewinnteile für *Investitionen* (oder Rücklagen) im Betrieb *bleiben* müssen. Sie bestimmt *nicht* über die *absoluten* Gewinngrößen, die allein von den *Marktleistungen* abhängen *dürfen*. Sie bestimmt *Verhältnisse* bzw. *Quoten* und sorgt dieserart für ein makroökonomisches *Gleichgewicht*, d.h. für richtige *Verhältnisse* zwischen den eher *konsumtiv* und eher *investiv* orientierten Teilen des *Volkseinkommens* einerseits und den Proportionen der *Konsum-* bzw. *Investitionsgüterindustrie* andererseits.

Um dieses *Gleichgewicht* nicht zu gefährden, obliegt der Makroplanung zudem, bei der Bestimmung der konsumtiv orientierten Finaleinkommensgrößen sowie der investiv orientierten Finaleinkommensgrößen die **staatlichen wie kreditären Umverteilungsprozesse** zu berücksichtigen – also die Höhe der Lohn- und Gewinnbesteuerung, der indirekten Steuern, der Struktur der Staatsausgaben, der Sparsummen aus Löhnen und Gewinnen, der Konsumtions- und Investitionskredite und ihrer je unterschiedlichen konsumtiven oder investiven Wirkungen. Ein *Gleichgewicht* bei der *primären Einkommensverteilung* (Löhne, Gewinne) darf nicht durch *sekundäre Umverteilungsprozesse* (Staat, Bankenwesen, Versicherungen) gefährdet werden.

Die **Durchsetzung** der Pläne obliegt der demokratisch gewählten Regierung bzw. einem von ihr bestimmten **Wirtschaftsrat**. Die Regierung ist, entgegen den einzelnen Betrieben, an den **via Volksentscheid ausgewählten Plan** *gebunden*. Sie wird sich in der Regel aus Parteien bzw. Parteienkoalitionen zusammensetzen, die sich schon im Wahlkampf hinter bestimmte Planvarianten, also hinter ‚ihre‘ Pläne gestellt haben.

Die **Maßnahmen**, mit denen die Planziele verwirklicht werden, sind in den Plänen grundsätzlich schon vorgegeben. Es handelt sich um eine *planadäquate* Lohn-, Gewinnbeteiligungs-, Fiskal-, Währungs- und Außenhandelspolitik etc., also um größtenteils *indirekt* den Wirtschaftsprozess beeinflussende wirtschaftspolitische Maßnahmen. Makroökonomische Verteilungsplanung ist in diesem Sinne **geplante Wirtschaftspolitik**. Maximal einzelne wirtschaftspolitische *Maßnahmen* können (können) *marktwidrig* sein, *nicht* jedoch die *Planung* wirtschaftspolitischer Maßnahmen *selbst*. Nochmals: Es handelt sich *nicht* um *Produktionsdirektiven* für einzelne Betriebe. Von Seiten der Makroplanung sind die Betriebe, abgesehen von der Gewinnbeteiligungsquotierung, in allen ihren Entscheidungen so frei (oder unfrei) wie heute.

3. ANTIMONOPOLISTISCHE MARKTREGULATION: Auch demokratisch organisierte Mitarbeitergesellschaften könnten in Versuchung geraten, den Lockungen *monopolistischer* Preis- und Einkommenssetzungsmacht zu erliegen. Die *dritte* Säule in Šiks Modell einer Humanen Wirtschaftsdemokratie bildet deswegen sein Konzept einer *antimonopolistischen Marktregulation*. Es beinhaltet vor allem zwei Maßnahmenkomplexe:

Zunächst sollte die *allgemeine Wirtschaftspolitik* (Ordnungs- und Prozesspolitik) ökonomischen **Wettbewerb optimal fördern**. Šik denkt hier an die systematische Förderung von *Existenzneugründungen*, von *Outsidern* oder etwa auch von *konkurrierenden Importen* in volkswirtschaftliche Bereiche bzw. Branchen, die durch Monopolisierungen bedroht sind. Eine solche *antimonopolistische Politik* wäre unter der Voraussetzung einer weiten Verbreitung demokratisch organisierter, also relativ transparenter Mitarbeitergesellschaften natürlich sehr viel leichter durchzusetzen als im heutigen vermachteten Privatkapitalismus.

Zum *zweiten* denkt Šik an eine **antimonopolistische Strafsteuer** für langfristig *überdurchschnittliche Gewinnraten*. Genau dies ist für Šik nämlich das Kriterium für ein Monopol: Überdurchschnittliche Gewinnraten ziehen normalerweise Kapital an, führen zu Produktions- bzw. Angebotsausweitungen und letztlich also zu relativen Preis- und Gewinnsenkungen. Unterbleibt dieser Prozess des *Ausgleiches der Gewinnraten längerfristig*, dann vermutet Šik, dass hier ein Monopol seine Macht ausnutzt, diesen Ausgleichsprozess zu unterbinden. Eine *antimonopolistische Strafsteuer*, als wirtschaftspolitisches Instrument eingebettet in den demokratischen Prozess der Makroplanung, müsste also diesen normalerweise ablaufenden Prozess der volkswirtschaftlichen Gewinnratenangleichung *gleichsam simulieren*: Über einen politisch zu bestimmenden Zeitraum müsste eine längerfristig überhöhte Gewinnrate eines einzelnen Unternehmens an den volkswirtschaftlichen bzw. Branchendurchschnitt *angepflichtet* werden. Dies muss *langsam* und *schrittweise* erfolgen, um *kurzfristig* überdurchschnittliche Gewinnraten als *Belohnung* für am Markt erfolgreiche Prozess- und Produktinnovationen nicht zu demotivieren.

4. POLITISCH-GESELLSCHAFTLICHE DEMOKRATISIERUNG: Šiks Grundwerte sowie sein ökonomisches und politisches Denken sind von der Idee der Demokratie regelrecht beseelt. Sein Grundgedanke lautet: Macht eine Gesellschaft so *demokratisch*, d.h. so *transparent* wie immer möglich, dann wird Politik hinter verschlossener Tür, Politik zugunsten kleiner Eliten, Politik, die Probleme unter den Teppich kehrt oder totschweigt, kaum länger möglich sein – Demokratie und öffentliche Diskussion als gesellschaftliches *Frühwarnsystem* für auftauchende Probleme, aber auch als Medium der *Lösung* dieser Probleme unter Hinzuziehung möglichst vielfältiger Meinungen, Problemsichten und Lösungsvorschläge. Zählen soll dann das *beste Argument* und bestimmt werden soll es in einem öffentlichen Meinungsstreit, also eben demokratisch. Der *herrschaftsfreie Diskurs* in allen ökonomischen (Wirtschaftsbetriebe und –organisationen), politischen (Parteien, politische Institutionen und Administrationen, Judikative) und gesellschaftlichen Bereichen (gesellschaftliche Basisorganisationen, Selbstverwaltungsorgane etc.) als *regulative Idee* bei der Lösung *aller* auftauchenden Probleme – dies ist Šiks *Idealbild* einer von Grund auf demokratischen Gesellschaft. Šik unterstützt daher alle Demokratisierungsbestrebungen in welchen Gesellschaftsbereichen auch immer, insofern sie zu ebenso sachgerechten wie mehrheitlich oder gar konsensuell legitimierten Problemlösungen führen.